

Protokoll

Stadtteilplenum Moabit West

Datum: 15.3.2005
Ort: Al Diwan e.V., Rostocker Straße 17
Moderation: Susanne Torka, Moabiter Ratschlag
Susanne Sander, Quartiersmanagement Moabit West
Protokoll: Jürgen Schwenzel
Teilnehmer: ca. 35 Personen

Susanne Sander begrüßt die TeilnehmerInnen des Plenums und dankt Herrn Adel El Said, dass das Plenum dieses Mal zu Gast bei Al Diwan e.V. tagen kann. Auf vorab erfolgten Vorschlag eines Plenumsteilnehmers gedenkt das Plenum vor Eintritt in die Tagesordnung mit einer Schweigeminute der in Tempelhof ermordeten jungen Frau türkischer Herkunft, deren Fall durch die Presse ging. Susanne Sander bemerkt, dass ein solcher Fall auch in Moabit hätte geschehen können.

1 Vorstellung des Vereins Al Diwan e.V.

Adel El Said (Al Diwan e.V.) begrüßt als Gastgeber die PlenumsteilnehmerInnen. Er freut sich, dass das Plenum dieses Mal bei Al Diwan tagt und stellt den Verein vor. Der Verein besteht seit 2001. Er dient insbesondere der Kontaktpflege von Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und Herkünfte. Aktivitäten von Al Diwan sind insbesondere:

- Sprachkurse: sowohl Deutsch für Araber wie Arabisch für Deutsche
- Aufbau einer Jugendgruppe mit 16 Mädchen. Hierzu gehören auch Reiseangebote für Jugendliche innerhalb Deutschlands.
- Sozialarbeit: Betreuung und Beratung von Familien bei Problemen mit Ämtern und Schulproblemen. Gerade Schulprobleme treten sehr häufig auf.

2 Leitlinien für die Integration

Susanne Sander dankt dem Referenten Wolf Müller dafür, dass er zu diesem Termin am Stadtteilplenum teilnimmt, obwohl er Urlaub hat. Wolf Müller nimmt daher nicht den ganzen Abend am Plenum teil.

Zu Beginn erläutert Herr Wolf, wer sich mit dem Thema Integration im Bezirksamt und in der Bezirksverordnetenversammlung beschäftigt. Wolf Müller ist Referent des Bezirksbürgermeisters für Integration. Er ist dafür zuständig Integration zu definieren und zu erfassen, inwiefern Integration stattgefunden hat bzw. nicht stattgefunden hat. Der Ausländerbeauftragte, Herr Cakmakoglu, ist zuständig die Versorgung aller mit (Dienst-) Leistungen des Bezirksamts sicher zu stellen. Er ist ebenfalls dem Bezirksbürgermeister zugeordnet. Der Ausländerbeirat setzt sich zusammen aus zehn Personen, die selbst Migranten sind. Die Auswahl in den Beirat erfolgte nach beruflichen Qualifikationen. Mehrere dieser Personen sind auch in Vereinen tätig. Außerdem sind im Ausländerbeirat BVV-Verordnete vertreten. Den Vorsitz des Beirats hat der Bezirksbürgermeister. Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) mit Ausschüssen befasst sich ebenfalls mit Integration. Sie vergibt den jährlichen Integrationspreis des Bezirks.

Wolf Müller berichtet zum Zustandekommen des Leitlinienentwurfs, der zusammen mit einer Stellungnahme der AG Mädchen mit der Einladung zum Plenum verschickt worden war:

Seit der Bezirksfusion wurde eine neue Haltung zur Zuwanderung entwickelt. Der Bezirk setzt dabei auf vier Instrumente:

- Jährlicher Integrationsbericht
- Jährlicher Integrationspreis der BVV
- Stelle eines Referenten für Integration beim Bezirksbürgermeister
- Definition des Begriffs Integration

Dem letzten Punkt dient die Erstellung der Leitlinien für die Integration.

Das Papier basiert auf einer Vorlage, zu deren Erstellung Herr Müller beauftragt war. Hierin eingeflossen sind Beiträge aus verschiedenen Quellen, Wissenschaft (Prof. Heckmann), Forschung und Praxis. Dieser Urtext wurde dem Ausländerbeirat vorgestellt.

Der Urtext der Leitlinien wurde in mehreren Sitzungen im Ausländerbeirat überarbeitet. Dieser Entwurf ging dann an das Bezirksamt und seine Abteilungen zur Bearbeitung. Von dort gab es keine Änderungswünsche. Im Anschluss erfolgte die Auseinandersetzung mit den Leitlinien in den BVV-Ausschüssen. Der Ausschuss für Integration und Bürgerdienste hat der BVV empfohlen, sich hinter die Leitlinien zu stellen. Mittlerweile wurden die Leitlinien von der BVV beschlossen. Sie sind für alle Mitarbeiter des Bezirksamts verbindlich.

Integration bezeichnet Eingliederung zugewanderter Bevölkerungsgruppen in bestehende Sozialstrukturen. Grundsätzlich unterscheidet sich Integration von Versorgung (Zugang zu Dienstleistungen). Versorgungsleistungen werden für alle Einwohner erbracht, ohne dass die Integrationsabsicht im Vordergrund steht.

Wolf Müller unterscheidet drei Phasen der Integration:

- Integrationswille entsteht, Einsicht der Notwendigkeit
- Erwerb der Fähigkeiten zur Integration
- Integriertes Leben

Die drei Phasen gehen dabei stark ineinander über. Integration erfordert eine hohe Lebensleistung von den Einzelnen.

Vier Dimensionen der Integration werden unterschieden:

- Strukturelle Integration (Broterwerb, Wohnen, Bildung für Kinder)
- Kulturelle Integration (Spracherwerb, Beziehung der Kulturen, Ehrbegriff verdeutlichen)
- Soziale Integration (soziale Beziehungen des Einzelnen, Freundschaft, Nachbarschaft)
- Identifikative Integration (Identifizierung mit der neuen Gesellschaft ohne Aufgabe der Herkunftsgesellschaft)

Integration stellt Anforderungen sowohl an Zuwanderer ebenso wie an die Aufnahmegesellschaft

Kritik zu den Integrationsleitlinien gab es bisher von zwei Seiten: Die Grünen kritisierten den Entstehungsprozess der Leitlinien, weil diese von oben nach unten entwickelt wurden anstatt von der Basis. Eine weitere Kritik wurde in einer Stellungnahme der AG Mädchen formuliert. Wolf Müller bezeichnete diese Stellungnahme als sachlich falsch, sie würde politische Forderungen behandeln, die die Ausländerbehörde betreffen. Die Leitlinien dagegen sollten ein Papier für das Verwaltungshandeln des Bezirksamts darstellen, die Leitlinien seien eine Arbeitsanweisung für das Bezirksamt. Auf die Ausländerbehörde hat das Bezirksamt keinen Einfluss. Wolf Müller ärgerte sich über die Stellungnahme der AG Mädchen und bezeichnete diese pauschal als unqualifiziert.

Aysel Şafak (Mädchenverein Beraberce e.V.) hat die Stellungnahme der AG Mädchen als Sprecherin der AG unterzeichnet. Sie berichtet, dass die Integrationsleitlinien bei den Mitgliedern der AG großes Unbehagen ausgelöst hatten. Aysel Şafak stellt in den Raum, wer denn überhaupt den Erfolg von Integration beurteilt. Gotlinde M. Lwanga (Mentos Mitte) war an der Erarbeitung der Stellungnahme der AG Mädchen federführend beteiligt. Als sie von dem Leitli-

nienpapier erfahren hatten, konnte lange nicht klar dargelegt werden, auf welchem Beschlussstand dieses Papier überhaupt stand. Eine Einladung zur Diskussion während des Entstehungsprozesses hatte es nicht gegeben.

Ein zentraler Kritikpunkt der Stellungnahme der AG Mädchen ist, dass in den Leitlinien eine Bemühung zur Integration auf vier Zielgruppen erfolgt, so dass andere Zielgruppen ausgeschlossen werden. Hierzu gehören jugendliche Zuwanderer ohne Aufenthaltsrecht (mit Duldung) und deren Eltern. (Kinder ohne Aufenthalt gehören zu den vier Zielgruppen). Für Jugendprojekte gehören diese Jugendlichen mit zu den Menschen, mit denen unbedingt gearbeitet werden muss. Dies begründet die Angst der Jugendprojekte, dass aufgrund der Integrationsleitlinien Jugendliche ohne Aufenthalt nicht mehr betreut werden dürfen/sollen.

Ein weiterer Kritikpunkt der Stellungnahme betrifft den Geist, der aus den Leitlinien spreche: Die Formulierung der Leitlinien würde spalten in "wir Deutschen" und "ihr Migranten" und Gefahrenabwehr statt eine Atmosphäre des Wohlwollens schaffen. Diese Haltung wird deutlich in einem Satz zur sozialen Integration "Integration in eine Gesellschaft, die selbst nicht *integer = ganz, heil* ist, muss so erfolgen, dass diese nicht weiter kaputt gemacht wird". Was eine Gesellschaft kaputt macht, ist Desintegration nicht Integration.

Die Leitlinien suggerieren, dass kulturelle Unterschiede zwischen Deutschen und Zuwanderern Rückschlüsse zur Einstellung gegenüber dem Staat und seinen Institutionen zulassen, z.B. dass MigrantInnen deutsches Recht weniger beachten.

Gotlinda M. Lwanga wünscht, dass Integration stärker gefördert wird und die Menschen sich nicht selbst überlassen werden. Die Leitlinien sprechen von Integrationslotsen beim Integrationsprozess. Es stellt sich die Frage, welchen Kompass die Integrationslotsen bekommen, damit sie im Sinne eines guten Zusammenlebens als Lotsen wirken können.

Wolf Müller, der den Bericht zur Stellungnahme wiederholt durch Zwischenrufe unterbrochen hatte, entgegnet dass die aufnehmende Gesellschaft nicht die "deutsche Gesellschaft" sei, sondern die gesamte Gesellschaft.

In der Diskussion wird von einem Teilnehmer der Stand der Integration als ein Versäumnis der Politik von Bund und Land der vergangenen vierzig Jahre gebrandmarkt.

Bernd Schlemmer, aktiver Anwohner, sieht es negativ, die BewohnerInnen begrifflich zu separieren anstatt diese zusammenzufügen. Er weist auf ein Alltagsbeispiel hin: in den Formularen der Fallmanager, die im Auftrag der Agentur für Arbeit tätig sind, müssen diese bei Klienten mit Migrationshintergrund umfangreiche Fragestellungen zur Sprachfähigkeit beantworten, auch wenn offensichtlich gute Sprachkenntnisse vorliegen.

Jutta Leder, Mitglied des Abgeordnetenhauses und Anwohnerin, bemerkt, dass die Integrationsfrage seit Jahren auf Landesebene bearbeitet, aber auf Bundesebene blockiert werde. Dies liege daran, dass Berlin als Bundesland von Zuwanderung stärker geprägt sei als viele andere Bundesländer.

Auf Nachfrage aus dem Publikum sagt Wolf Müller, dass der Ausländerbeirat die Stellungnahme der AG Mädchen als nicht sachlich begründet ansieht. Rechtliche Hindernisse für eine weitergehende Integration liegen im Aufenthalts- und Arbeitsrecht begründet. Auf dieses habe der Bezirk keinen Einfluss. Ein Anwohner begrüßt, dass sich der Bezirk und die Politik endlich mit dem Thema Zuwanderung befassen.

Franz Plich, Anwohner, stellt fest, dass die Gesellschaft wie die Politik davon ausging, dass die zweite und dritte Generation der Zuwanderer sich automatisch integriert. Diese Einschätzung hat sich als falsch herausgestellt. Einheimisch sei der, der sich einheimisch fühlt. Probleme gebe es mit den nicht integrationswilligen Menschen.

Aysel Şafak betont, dass Integration ein lang andauernder Prozess ist, es kommt dabei sowohl auf die Zuwanderer wie die Aufnahmegesellschaft an. Die Entwicklung eines Wir-Gefühls ist dabei eine wichtige Komponente.

Ein in Deutschland geborener Migrant bemerkt zur Pflege von Traditionen, dass es unter den Traditionen nicht nur gutes sondern auch schlechtes gibt. Das Gute solle auch bewahrt werden können. Es gelte Menschen ohne Grenzen zu sehen, Unterschiede zu akzeptieren.

Katrin Lucas (SOS Kinderdorf, Schulstation Carl-Bolle-Grundschule) weist auf notwendige Grenzen der Akzeptanz des Einzelnen hin. Dies ist beispielsweise der Fall beim Beispiel Ehrenmord oder der Einhaltung des Grundgesetzes.

Christine Sommerfeld, Anwohnerin, führt an, dass eine Abgrenzung an Konfliktlinien erfolgen muss. Sie kritisiert, dass Voraussetzungen zur Integration erst erfolgen, wenn Zuwanderer schon zugewandert sind. Wenn Deutsche ins Ausland gehen wollen, wird dagegen oft erwartet, dass sie sich schon in Deutschland vorbereiten (z.B. durch den Erwerb der Sprache).

3 Aktuelles

3.1 Veranstaltungshinweise, Termine

Simone Seipold (Olle Burg) kündigt an, dass am 14.4.2005 in der Aula des Berlin-Kollegs (Zugang über Hof Turmstraße75) das MoaMeet Winterprogramm abschließend aufgeführt wird.

Ute Winter weist darauf hin, dass am 28.4.2005 der "girls-day" stattfindet. Dabei haben Mädchen die Möglichkeit Berufe kennen zu lernen, um so Eindrücke zur Berufswahl zu bekommen.

3.2 Soziale Stadt Mittel

Der Beschluss des Februar Stadtteilplenums zu den Soziale Stadt-Mitteln wurde von der "Ämter-Runde" akzeptiert. Noch bis zum 15.4.2005, 12.00 Uhr, läuft die Frist zur Einreichung von Projektanträgen. Das Quartiersmanagement hat im Vor-Ort-Büro für Antragsteller Beratungszeiten dienstags und donnerstags eingerichtet. Termine sollten vorab beim QM erfragt werden.

3.3 Klausurtagung LOS-Förderprogramm

Bei der Klausurtagung wurde bekannt, dass es eine dritte Förderperiode für Projekte im neuen Jahr geben wird. Jeder Kiez soll seine Schwerpunkte selber festlegen können.

3.4 Ausblick, Themen und Termine Stadtteilplenum

Zum Termin des Stadtteilplenums im Mai erfolgt von Seite der Organisatoren der Vorschlag, den Termin um eine Woche auf den **24.05.2005** zu verschieben, der Regeltermin wäre in den Pfingstferien. Der Vorschlag trifft auf Zustimmung.

Frau Winter, Jugendamt Mitte, schlug vor, beim nächsten Mal (April 2005) über das Thema Regeln für das Zusammenleben (in Anlehnung an die zehn goldenen Straßenregeln, vorgestellt von Herrn Kapphan beim Plenum im Oktober 2004) zu diskutieren und zu überlegen, welche Einrichtungen, Projekte dazu aufgefördert werden sollen, Vorschläge dafür zu erarbeiten.

Auf die Anfragen zur Plenumsteilnahme an Bezirksbürgermeister Zeller und Stadtrat Dr. Heuer kam bisher nur eine konkrete Antwort von Dr. Heuer. Er sagte zu, im Juni am Stadtteilplenum teilzunehmen.